

# A1NEU2 Finanzlage der kreisfreien Städte

Antragsteller\*innen:

## Antragstext

- 1 Schluss mit Zwang zu bodenloser kommunaler Verschuldung!
- 2 Die Finanzlage der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz entspannen und Kommunen  
3 wieder arbeitsfähig machen.
- 4 Die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz gehören zu den am höchsten  
5 verschuldeten Städten Deutschlands. Laut Rechnungshof-Bericht von 2015 ist  
6 Pirmasens die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung deutschlandweit, es  
7 folgen Kaiserslautern auf Platz 2, Zweibrücken auf Platz 6, Ludwigshafen auf  
8 Platz 7 und Trier auf Platz 10. 85% aller kommunaler Kassenkredite in  
9 Deutschland sind von Kommunen in NRW, dem Saarland und Rheinland-Pfalz. Das  
10 zeigt: In Rheinland-Pfalz gibt es ein strukturelles Problem hinsichtlich der  
11 Ausfinanzierung von Kommunen, ganz besondere der kreisfreien Städte. Die Folge  
12 jahrzehntelanger struktureller Defizite sind massive Investitionsdefizite und  
13 Verschuldungen, die die betroffenen Kommunen aus eigener Kraft niemals abbauen  
14 können.
- 15 Die finanzielle Situation unserer Kommunen höhlt die kommunale Selbstverwaltung  
16 aus und ist unserem demokratischen Gemeinwesen absolut abträglich. Dies zeigt  
17 sich insbesondere bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“: Bei diesen  
18 kommt es zu alljährlichen Konflikten mit der ADD, weil die Haushalte nicht den  
19 aktuellen Gesetzen entsprechen können. Die dabei erlangten Deals führen zu  
20 Gebührenerhöhungen für Musikschulen, erhöhten Eintrittsgeldern bei  
21 Schwimmbädern, beziehungsweise gleich zu deren Schließung, zu Bibliotheken, die  
22 kaum noch Literatur beschaffen können, zu Diskussionen um Zoos, Wildparks und  
23 Theater. Hierrauf sollte sich Kommunalpolitik nicht beschränken sondern sollte  
24 vollumfänglich der Selbstverwaltungsaufgaben auf allen Ebenen gerecht werden. .  
25 Es verstößt jedoch gegen unsere Verfassung, denn das Recht & Pflicht auf  
26 kommunale Selbstverwaltung gilt überall im Lande – auch in den kreisfreien  
27 Städten. Wie vom Landesverfassungsgericht anerkannt, gehört zu diesem Recht eine  
28 Finanzausstattung, die „freiwillige Leistungen“ in angemessenem Umfang  
29 ermöglicht.
- 30 Die Landesregierungen haben sich diesem Problem bisher bestenfalls halbherzig  
31 angenommen – trotz einschlägiger Urteile von Verwaltungsgerichten bzw. vom  
32 Landesverfassungsgericht. Für die Schuldenbremse auf Landesebene bezahlen die  
33 Kommunen und besonders die kreisfreien Städte.
- 34 Grüne Politik muss sein, diesen zu Zustand zu beenden. Dafür sind drei  
35 wesentliche Punkte entscheidend:
- 36 1. Es muss einen Altschuldenschnitt geben. Angesichts der Niedrigzinsphase ist  
37 der Zeitpunkt hierfür günstig. Hessen hat es mit der Hessenkasse vorgemacht,  
38 selbst das Saarland hat ein Modell umgesetzt. Nun ist endlich Rheinland-Pfalz  
39 gefragt – die Chance darf nicht verpasst werden.
- 40 2. Die Mittelzuweisungen des Landes müssen bedarfsgerecht sein.

41 3. Das Konnexitäts-Prinzip ist vollständig einzuhalten: Vom Land verlangte  
42 Leistungen wie z.B. der Betrieb von Kindergärten, Schulbuchausleihe,  
43 Beförderungskosten für Schüler/innen und weitere Sozialleistungen müssen  
44 vollständig vom Land refinanziert werden.

45 Die Grünen auf Landesebene müssen sich zukünftig verstärkt diesem Problem  
46 widmen. Dies müssen wir als Kreisverbände der betroffenen Kommunen vermehrt  
47 ansprechen und anstreben, dass dies mit zu einem leitenden Punkt unseres  
48 Wahlprogramms gemacht wird.. Wir fordern, dass unsere Probleme ernst genommen  
49 und prioritär angegangen werden! Es sei in aller Bescheidenheit darauf  
50 verwiesen, dass das Gros unserer Wähler aus den kreisfreien Städten kommt. Es  
51 muss im Landtagswahlprogramm ein klares Bekenntnis zu den Städten und den von  
52 uns genannten drei Punkten an prominenter Stelle geben. Wir fordern von der  
53 künftigen Landtagsfraktion konkrete Maßnahmen, um dieser Verschuldungsspirale  
54 ein Ende zu setzen. Demokratie fängt vor Ort an. Doch wenn Kommunen keinerlei  
55 politische Spielräume mehr haben, ist ökologische und nachhaltige Politik auf  
56 dieser Ebene nicht mehr möglich.